**Abonnementspreis**
für Bielefeld, sowie bei sämtlichen Agenturen frei ins Haus gebracht 1,60 Mk. vierteljährlich; durch die Post bezogen 1,80 Mk.
Einzelnummer 10 Pfennig.

Erscheint wöchentlich sechsmal als Abendzeitung.

Für die Redaktion verantwortlich: Karl Hoffmann in Bielefeld.

# Volkswacht

## Organ für das arbeitende Volk.

Druckerei, Expedition und Redaktion: Schulstraße 20.

**Insertionspreis**
für die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 12 Pfg.
Bei größeren Aufträgen und Wiederholungen Rabatt.

Annoncen-Annahme bis 10 Uhr vormittags.

Druck und Verlag der Buchdruckerei und Buchhandlung „Volkswacht" Schumann & Co., Bielefeld.

Nr. 128. Bielefeld, Donnerstag, 4. Juni 1896. 7. Jahrgang.

### Deutscher Reichstag.

96. Sitzung vom 3. Juni 1896, 2 Uhr.

Präsident von Buol eröffnet die Sitzung.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die zweite Beratung des von den Abg. Auer und Genossen eingebrachten Gesetzentwurfs, das Recht der Versammlung und Vereinigung und das Recht der Koalition betreffend, verbunden mit der zweiten Beratung des von den Abg. Ancker und Genossen denselben Gegenstand betreffenden Gesetzentwurfs auf Grund des Berichts der Kommission.

Berichterstatter ist Abgeordneter Bassermann, der auf das Wort verzichtet. In der Diskussion erhält das Wort

Abg. Rickert (freis. Vg.) hält einen Rückblick auf die Verhandlungen der ersten Lesung und in der Kommission, welch letztere einen Entwurf ausgearbeitet habe, der nicht alle Wünsche befriedige, aber doch wesentliche Verbesserungen enthalte. Redner bedauert, daß der Bundesratstisch heute noch leerer ist, als bei der ersten Beratung, und kommt dann auf den Prozeß Auer zu sprechen. Der Prozeß hat einen geradezu beschämenden Eindruck gemacht, es bleibt nur abzuwarten, ob der Staatsanwalt seine Worte wahr machen wird, daß er auch die anderen Parteien mit gleichem Maße messen werde. Für uns andere Parteien besteht jetzt sozusagen eine Ehrenpflicht, uns selbst zu melden, daß wir gegen den bewußten § 8 des Vereinsgesetzes verstoßen haben. Die Sozialdemokratie hat wirklich ein unverantwortliches Glück (Auer ruft: verdientes Glück!), daß sie so ungeschickt angefaßt wird. Meine Herren (zu den Sozialdemokraten), wo wären Sie denn, wenn Sie nicht fortwährend zu Märtyrern gemacht würden. (Widerspruch links.) Beim Lesen der Berichte schien es mir, als ob den Richtern selber die Verhandlung peinlich gewesen ist, als wenn sie die Empfindung hätten, die Verhandlung sei eines modernen Staatswesens nicht würdig. Das Vereinsgesetz wird von den Behörden noch rigoros gehandhabt, jetzt sind in Hildesheim die Gewerkvereine unter Zustimmung des Herrn v. Bennigsen für politisch erklärt worden (Abg. Meister: In Hannover auch). Es fragt sich, ob solche Zustände im Interesse der weiteren Entwickelung unseres Vaterlandes weiter bestehen sollen. Die Richter haben, wie gesagt, selbst durchblicken lassen, daß ihnen das Gesetz veraltet erscheint. Ich habe eben noch einmal die Verhandlungen des Abgeordnetenhauses durchgelesen, als das Vereinsgesetz beraten wurde. Graf Düren hat damals schon gesagt, die Freiheit ist das beste Mittel gegen schlechte Vereine. Damals sollte der Treubund vernichtet werden, heute ist das Gesetz machtlos gegen die Organisation der Sozialdemokratie. Die Regierung hat die Pflicht, das Versprechen, das vor 24 Jahren gegeben worden ist, einzulösen und ein freiheitliches Vereinsgesetz einzubringen oder anzunehmen.

Staatssekretär von Boetticher: Ich kann die Wißbegierde des Abg. Rickert nur zum Teil befriedigen. Die Regierung nimmt zu Initiativanträgen nur dann Stellung, wenn Beschlüsse vorliegen. Sie kann in diesem Falle nicht von der gewohnten Praxis abgehen. Sie hat sich mit der Frage des Vereinsrechtes jetzt nicht beschäftigt. Das letzte Mal bei der Umsturzvorlage. Ich kann nicht sagen, ob die Regierung für Aufhebung wenigstens des § 8 sich erklären wird. Ist hier ein Beschluß gefaßt, so wird die Regierung dazu Stellung nehmen. Hätte übrigens die Kommission den Bundesrat eingeladen, so hätte ich einen Kommissar hingeschickt. Da diese Einladung nicht erfolgt ist, wollte ich die Verhandlungen nicht stören. (Heiterkeit.) Der Prozeß gegen die sozialdemokratische Organisation ist preußische Sache, ich brauche die Anstrengung dieses Prozesses nicht rechtfertigen. Ich mache aber darauf aufmerksam, daß der Prozeß noch schwebt. Man sollte doch erst den Spruch des Reichsgerichts abwarten. (Beifall rechts.)

Abg. Lenzmann (freis. Vp) konstatiert, daß dem Reichskanzler von der Konstituierung der Kommission Mitteilung gemacht worden ist. Bei gutem Willen hätte die Regierung schon die Thür zur Kommissionssitzung finden können. Es fehle aber an dem guten Willen, das Versprechen der Reichsverfassung einzulösen, weil man dadurch die Polizeimacht zu schmälern fürchte. Es liege geradezu eine böswillige Nichterfüllung der Reichsverfassung vor. Der Prozeß Auer lasse sich besser beim § 4 des Kommissionsentwurfs besprechen, da § 4 das Inverbindungtreten für zulässig erklärt.

§ 1 lautet: Alle Deutschen sind berechtigt, sich ohne vorgängige obrigkeitliche Erlaubnis friedlich und unbewaffnet zu versammeln. Soweit solche Versammlungen zu politischen Zwecken dienen, sind minderjährige Personen ausgeschlossen.

Zwecke, welche unter § 152 der Gewerbeordnung fallen, gelten nicht als politische Zwecke. Wir werden für diesen Paragraphen stimmen, obwohl wir ihn nicht für ideal halten, aber es gilt, die Polizeibrutalitäten und ihre Willkür zu brechen. Diese häßlichen Erscheinungen, wie sie die Polizei im Prozeß Auer gezeitigt hat, geben uns das Recht, den Prozeß Auer zu besprechen, ehe das Reichsgericht gesprochen hat. Die Polizeiwillkür nimmt auch sonst überhand, z. B. bei Versammlungsauflösungen. Der Beamte löst Versammlungen auf, weil ihm die Sitzung zu lange dauert, oder weil zu Hause das Abendbrot wartet. Ich habe nicht viel Hoffnung, daß der Entwurf Gesetz wird, aber vielleicht übt es die gewünschte Wirkung aus, wenn wir jedes Jahr mit der Forderung von Neuem kommen. Dann wird schließlich der steten berechtigten Mahnung gegenüber die Regierung nicht mehr taub bleiben. Alle Parteien aber, die der Polizeiwillkür ein Ziel setzen wollen, bitte ich, den Entwurf anzunehmen.

Präsident v. Buol ruft den Redner wegen des Vorwurfs böswilliger Nichterfüllung der Reichsverfassung zur Ordnung.

Staatssekretär von Boetticher: Der Präsident hat bereits den Vorwurf des Abg. Lenzmann zurückgewiesen, ich bin deshalb einer Entgegnung überhoben. Der Vorwurf ist aber abgesehen von der Schärfe ein unberechtigter. Der Herr Vorredner mag sich vergegenwärtigen, was unsere Staatsrechtslehrer über den § 4 der Reichsverfassung sagen. Es liegt hier eine Meinungsverschiedenheit vor, die Regierung steht auf dem Standpunkte, daß sie die im § 4 enthaltenen Materien reichsgesetzlich regeln kann, nicht muß. Laband und Schulz sprechen dieselbe Ansicht aus. Ich kann also nur wiederholen, fassen Sie hier einen Beschluß und überlassen Sie dann die Freiheit der Entschließung darüber der Regierung.

Abg. Auer (Sozd.): Ueber die Unhaltbarkeit des jetzigen Zustandes ist man sich wohl einig. Auch der Herr Staatssekretär wird in seinem Innern von der Unhaltbarkeit, z. B. des § 8 überzeugt sein. Anläßlich unseres Prozesses war die gesamte Presse übereinstimmend der Meinung, daß § 8 den Anforderungen des modernen Parteilebens nicht entspricht. Trotz dieser Einstimmigkeit wird das Gesetz nicht zu Stande kommen. Herr von Bötticher hat den Grund schon angedeutet. Eine freiheitliche Vereinsgesetzgebung hindert die Angst vor der Arbeiterklasse und der Sozialdemokratie. (Sehr richtig links.) Schaffen Sie ein Ausnahmegesetz gegen die Arbeiterklasse, und in demselben Augenblicke werden sie ein freiheitliches Vereinsgesetz haben. Jetzt würde vielleicht nur folgendes Vereinsgesetz Annahme finden: Alle Deutschen, soweit sie aus guten Familien stammen und über ein Einkommen von mindestens 10000 Mk. verfügen, haben das Recht sich zu versammeln. Es ist bezeichnend, daß die rechte Seite des Hauses so leer ist. Die Herren interessiert das Vereinsgesetz nicht, sie stehen über dem Vereinsgesetz, sie fangen sich nicht in den Maschen des Gesetzes, trotz dem Herrn Staatsanwalt in unserm Prozesse. Ich muß sagen, es kribbelte mich ein wenig, ich freute mich für den Augenblick, als der Herr Staatsanwalt plötzlich einen sittlich-moralischen Anfall bekam und pathetisch ausrief: Wir handeln hier im Namen des Gesetzes ohne Ansehen der Person. Aber nur einen Augenblick freute ich mich, denn als ich mir den Herrn Staatsanwalt ansah, bemerkte ich, daß er noch ein sehr junger Herr sei, und ich sagte mir, der hat noch keine Erfahrungen in dieser Beziehung. (Heiterkeit.) Der Prozeß wird gegen andere Parteien nicht angestrengt werden, und der Schrecken, der sich eine Zeit lang in bürgerlichen Blättern geltend machte, rührte wohl daher, daß die Bourgeoisie, wie Herr Rickert sagte, nicht feig, aber doch vorsichtig ist. (Heiterkeit.) Sollte aber wirklich Ernst gemacht werden, alle Parteien müßten sich auflösen, und ich möchte dann den Sturm der Entrüstung erleben, und dann wäre das Gesetz sehr bald beseitigt. Aber weil die Frau Justitia ihre Binde hochhebt und sich sehr wohl ansieht, wen sie mit ihren Strafen beglückt, wird eine Aenderung des Gesetzes noch gute Wege haben. Im Volke herrscht darüber Empörung, man müßte ja auch an dem guten Kern des deutschen Volkes zweifeln, wenn diese Empörung angesichts des himmelschreienden Unrechts nicht vorhanden wäre. Herr Rickert hat Recht, wir leiden unter den

---

# Eine Bekehrung.

**Roman von Georges Renard.**

**Autorisierte Uebersetzung von Marie Kunert.**

54 [Nachdruck verboten.]

Ich habe schon etwa zwanzig fast gleichlautende Briefe nach folgendem Muster an die verschiedenen Zeitungen des Kreises geschrieben:

Geehrter Herr Redakteur!

Sie werden wohl die Freundlichkeit haben, Ihre Leser in wenigen Zeilen davon zu unterrichten, daß ich soeben 500 Franken für die Volksbibliothek von Blérè und 200 Franken für den Verein ehemaliger Schüler des Gymnasiums von Amboise geschenkt habe . . .

Genehmigen Sie ꝛc, ꝛc.

Die konservativen Zeitungen veröffentlichen dies, die andern sagen gar nichts, und so geht auch hier mit einer kleinen Variante das Wort in Erfüllung, daß die Linke nicht weiß, was die Rechte gibt!

Am 10. Juli. — Wir haben einen Konkurrenten, einen gefährlichen Konkurrenten. Das ist Philippeaux, der Besitzer des großen Pariser Bazars am Bastilleplatz. Er ist vielfacher Millionär und ebenfalls im stande, die ganze Gegend mit Wohlthaten zu überschwemmen. Dazu ist er Kaufmann und als solcher mit allen Zugmittelchen der Reklame vertraut. Allerdings stammt er nicht aus dem Kreise, aber vor zwei Jahren hat er hier ein altes, historisches Schloß gekauft, in dem er als Nachfolger der Könige von Frankreich haust. Seine Bildung weist einige Lücken auf. Er beklagt sich z. B. darüber, daß sein Schloß durch die Reparaturen, die es erfordert, ein wahres Grab der Danaiden sei. Aber was thut das! Die mächtige Unterstützung der Verwaltung ist ihm sicher. Er nennt sich gemäßigter Radikaler. Wenn ich die Sache recht verstehe, heißt das, daß er eine Menge ausgezeichneter Reformen für nötig hält, aber daß er sie vorläufig auf bessere Zeiten, z. B. auf die Mitte des nächsten Jahrhunderts verschiebt. Bis dahin läßt er die Dinge gehen, weil er persönlich keine Ursache hat, darüber unzufrieden zu sein.

Die armen Wähler! Ich spreche natürlich immer von den kleinen! Wie sollen sie unter zwei Kandidaten wählen, von denen der eine noch ein paar Millionen mehr in der Tasche hat, als der andere? Ich vermöchte nicht zu sagen, welcher von ihnen das wenigste Interesse daran hat, ihre Rechte, ihre Wünsche, ihre Beschwerden zur Geltung zu bringen. Denkt man nicht unwillkürlich an den Kongreß der Tiere, auf dem sich die Ratten durch eine Katze vertreten ließen?

Am 12. Juli. — Die armen Wähler! habe ich gesagt. — Glückliche Wähler sollte ich sie nennen. Eine Wahl ist für sie eine zweite Ernte.

Ein wahrer Mannaregen ergießt sich über den Kreis. Zuerst regnet es Zeitungen. Unser Konkurrent hat davon eine, zwei, drei gekauft, die er gratis verteilen läßt und die er großmütig auch uns zuschickt. Ein viertes Blatt, ein illustriertes, hat er eigens für seine Zwecke gegründet. Die erste Nummer bringt auf der ersten Seite das Porträt und die Biographie des Präsidenten der Republik, und auf der zweiten Seite die Biographie und das Porträt des berühmten Philippeaux.

Er ist entschieden ein schöner Mann, seine Haare und seine Tugenden sind geradezu bewundernswert. Es ist nämlich in der Biographie auf die Großmut hingewiesen, mit der er Geld verteilt hat, freilich wird dabei nicht gesagt, wie er es erworben hat. Er hat eine sehr reiche und sehr alte Witwe geheiratet und beerbt. Eine glückliche Spekulation in Mehl hatte ein ganzes Jahr lang die Brotpreise auf außerordentlicher Höhe gehalten. Das alles wird nicht erwähnt. Dafür werden wir um so sorgfältiger über die Unterstützungen und Almosen unterrichtet, die seine unerschöpfliche Mildthätigkeit keinem Armen vorenthalten kann, ferner über die allmählich vorgenommenen Vergrößerungen seines Geschäftes. Der Artikel hat nämlich einen doppelten Zweck, den, die Aktien sowohl des Kaufmanns wie des Wahlkandidaten in die Höhe zu treiben.

Nach diesem Regen von hohlen Phrasen kam ein etwas kräftigerer Regen. Der 14. Juli — der hundertste Jahrestag des Bastillesturmes — naht. Dieselbe freigebige Hand schickt den Gemeinden, um ihnen bei der Feier ihres Nationalfestes unter die Arme zu greifen, Fahnen, Laternen, Feuerwerkskörper und alle möglichen andern Kleinigkeiten, all die Ladenhüter des großen Pariser Bazars, wie die losen Mäuler zu sagen anfingen. Doch ein Meisterstreich hat den Verleumdern den Mund geschlossen. Philippeaux ließ nämlich einen wahren Wolkenbruch von grünen, himmelblauen und roten Mützen auf das Land niedergehen, die in Golddruck das Abbild des Tageshelden, des Eiffelturms trugen. Wo konnte man wohl gleich originelle und fesselnde Geschenke finden? Es regnete, regnete auch immer noch Kleider für männliche und weibliche Kommunikanten. Welche geschickte Vereinigung praktischer und patriotischer Gaben für den 14. Juli! Welche verdienstliche Anstrengung, um zwei Fliegen mit einer Klappe zu schlagen, um Kirche und Staat gleichzeitig für sich zu gewinnen. Ein glänzendes Mittel, um die Mütter durch die Kinder und die Väter durch die Mütter zu erobern.

Wir müssen uns also entschieden tapfer halten. Herr v. Serenoize erregt sich über diese Kaufmannspraktiken nicht allzusehr.

Am 20. Juli. — Revanche! Revanche! Wir haben jetzt auch unser Blatt, unsere Blätter, welche ebenfalls die Biographie und das Porträt Herrn v. Serenoizes veröffentlichen. Wir schicken sie gleichfalls jedermann gratis zu, unsern geschätzten Konkurrenten nicht zu vergessen. Dann haben wir für die Knaben- und Mädchenschulen Hunderte von Büchern mit Goldschnitt kommen lassen und dabei die Freude gehabt, wohl zehnmal unter stürmischen Bravos die Phrase zu hören: „Herr von Serenoize, dessen Namen man überall da findet, wo es sich darum handelt, die Bildung des Volkes zu heben . . ." Beim zehntenmal klang sie unserm Ohr noch ebenso schön wie beim erstenmal. Armer Herr von Serenoize! Er, dem das Volk jetzt schon viel zu gebildet ist! Wenn er dazu lächelt, sieht es aus, als schnitte er den Leuten ein Gesicht, — das Kandidatenlächeln! — Auch wir bemühen uns, die Mütter durch die Kinder zu erobern. Was die Väter betrifft, so haben wir ihnen keine Mützen mit dem Bilde des Eiffelturms geschenkt, wir haben es viel besser angestellt; wir haben ihnen die Mittel gegeben, sich den Eiffelturm selbst ansehen zu können. Die Gesellschaft von Orleans hat Vergnügungszüge zu fabelhaft billigen Preisen abgelassen, und wir haben es natürlich die Leute wissen lassen, daß wir dieser Freigebigkeit der Gesellschaft nicht fern stehen. Wie glücklich können doch die Wähler unseres Kreises sein!

(Fortsetzung folgt.)

Chikanen nicht allzusehr, ich möchte ihm aber sagen, wenn seine Partei nur den 10. Teil unserer Chikanen zu erdulden hätte, Herr Rickert und sein ganzer Anhang wäre verschwunden. (Rickert widerspricht.) Herr Rickert bestreitet das, es liegt aber in seinem Interesse, es nicht auf die Probe ankommen zu lassen. (Heiterkeit.) In unserm Prozesse sind nicht wir, sondern die Polizei ist gerichtet worden. Ich will darauf nicht eingehen, möchte nur noch auf einen Fall aus dem Bereich des sächsischen Vereinsgesetzes hinweisen. In Werdau ist auf Grund des Vereinsgesetzes einem Leseklub ein Vortrag über Goethes „Faust" verboten worden. Dieses Verbot ist so ungeheuerlich, daß man ernsthaft nicht darüber reden kann, obwohl die Sache sehr ernsthaft ist. Der vorliegende Entwurf bedeutet eine wesentliche Verbesserung, und meine Fraktion wird dafür stimmen, obwohl er nicht ganz ihren Wünschen entspricht. § 1 läßt glücklicherweise den Frauen wie den Männern gleiche Behandlung widerfahren. Nachdem die Frau so stark in unser wirtschaftliches Leben eingetreten ist, ist das nur recht und billig. Warum man aber statt minderjährige Personen nicht sagte „Personen unter 18 Jahren" ist mir unverständlich; denn die meisten jungen Leute von 18 Jahren sind schon wirtschaftlich selbständig. Einen wesentlichen Fortschritt enthält der dritte Absatz des § 1, der vom § 152 der Gewerbeordnung (Erreichung besserer Arbeitsbedingungen) handelt. Dieser § 152 ist nahezu illusorisch gemacht. Jetzt erst sind in Hildesheim, wie es heißt, unter Zustimmung des Herrn Oberpräsidenten von Bennigsen, die Gewerkvereine als politisch erklärt worden. Herr Kollege von Bennigsen ist ja hier anwesend, er giebt vielleicht darüber Auskunft. Es handelt sich auch hier um Arbeiter, Unternehmerverbände werden nach dieser Richtung hin nicht so behelligt. Ich bitte Sie, sehen Sie sich das Petitionsverzeichnis an. Ich behaupte, es giebt keinen Industrieverband, der nicht mit anderen Industriegruppen zum Zwecke des Petitionierens in Verbindung getreten ist. Solche Ungerechtigkeiten sind himmelschreiend, solche Zustände sind auf die Dauer nicht haltbar. Eine Aenderung liegt in Ihrem Interesse. Wir werden auch mit den schlechtesten Gesetzen fertig. Aber Sie sind ja Freunde einer ruhigen Entwickelung, und im Interesse dieser Entwickelung bitte ich Sie, ändern Sie das Gesetz. Wir haben den großen Schlag des Herrn von Köller pariert, unserer Sache hat der Prozeß nichts geschadet, auf der Anklagebank saß nur das veraltete, unzeitgemäße Vereinsgesetz. (Lebh. Beifall links.)

Abg. von Bennigsen (natl.) erklärt, er könne sich über die Hildesheimer Affäre hier nicht auslassen. Soweit gebe er dem Vorredner Recht, daß der Wunsch nach einem einheitlichen Reichs-Vereins- und Versammlungsgesetz berechtigt sei. Die Verfassung biete hierzu ja auch die Möglichkeit. Freilich seien große Schwierigkeiten zu überwinden, trotzdem gebe er die Hoffnung nicht auf, daß wir in nicht allzu ferner Zeit ein einheitliches Reichs-Vereins- und Versammlungsgesetz erhalten.

Abg. von Dziembowsky-Pomien (Pole) polemisiert gegen die Auslegung des Artikels 4 der Reichsverfassung durch den Minister von Bötticher und erklärt sich mit dem Entwurf der Kommission einverstanden.

Abg. Stolle (Soz.) führt eine große Menge Fälle aus der Praxis der sächsischen Behörden in Bezug auf das Vereinsgesetz und das Versammlungsrecht an, die beweisen, wie notwendig eine freiheitliche Ausgestaltung dieser Gesetze ist.

Abg. Lenzmann (fr. Vp.) erhebt im Anschluß an die vom Abg. Stolle angeführten Mißstände noch einmal den Vorwurf gegen die Regierung, daß es ihr nicht Ernst mit der Regelung dieser Materie sein kann, denn sonst würde sie diesem Mißbrauche der Landesgesetzgebungen entgegentreten und ein einheitliches Vereinsgesetz schaffen.

Abg. Dr. Förster (Ant.) erklärt sich für seine Person mit dem Entwurfe einverstanden.

Abg. Rickert (freis. Vg.) konstatiert, daß seitens des Bureaus sowohl dem Herrn von Bötticher, wie dem Minister von der Recke Einladungen der Kommission zu jeder Sitzung zugegangen sind. Der Reichstag müsse aber zu einem positiven Beschluß kommen, über den sich die verbündeten Regierungen zu entscheiden haben. Herr Auer habe gesagt, wenn wir so unterdrückt würden, wie die Sozialdemokratie, so würden wir verschwinden. Herr Auer ist in der Beziehung ein falscher Prophet. Umgekehrt, die Sozialdemokratie würde dezimiert werden, würde ihr die Regierung nicht durch die Unterdrückungsmaßregeln immer wieder eine Folie geben. Hat denn das Zentrum Schaden vom Kulturkampf gehabt? Nein, im Gegenteil, so gefestigt ist es worden, daß selbst ein Bismarck nichts gegen dasselbe ausrichten konnte. Meine Herren von der Sozialdemokratie, Schwachmatici sind wir ja Ihnen gegenüber, aber wir gehen von Unterdrückungen nicht zu Grunde. (Große Heiterkeit.)

Die Diskussion über § 1 wird geschlossen. § 1 wird fast einstimmig angenommen, ebenso die §§ 2 und 3.

§ 4 lautet: Alle Deutschen haben das Recht, sich zu solchen Zwecken, welche den Strafgesetzen nicht zuwiderlaufen, in Gesellschaften zu vereinigen.

Die Verbindung solcher Gesellschaften unter einander ist zulässig.

Abg. Dr. Lieber (Ztr.) erklärt, seine Freunde würden für den ganzen Kommissions-Entwurf stimmen in der Erwartung, daß bis zur dritten Lesung Bedenken gegen einzelne Bestimmungen beseitigt würden.

Abg. Bebel (Sozd.): Herr von Bennigsen erklärte vorhin, er könne sich auf den Hildesheimer Fall nicht mehr besinnen, er werde aber Erkundigungen einziehen. Ich kann seinem Gedächtnis vielleicht nachhelfen. Nicht nur in Hildesheim, sondern auch in Hannover sind die Gewerkschaften für politisch erklärt worden, ist ihnen das Inverbindungtreten mit einander verboten worden. Der Satz, wenn zwei dasselbe thun, ist es nicht dasselbe, bewahrheitet sich aber jetzt Schritt auf Schritt. In derselben Stadt Hannover haben die Delegierten von 132 Handwerkervereinen und Innungen in der Pfingstwoche die Gewerbegesetzgebung, also Fragen von hoher politischer Bedeutung, beraten. Den Verhandlungen hat man nicht nur nichts in den Weg gelegt, ein Regierungsassessor v. Steinbrink hat sogar den Verhandlungen beigewohnt und am Schlusse den Versammelten seine Anerkennung ausgesprochen. Da hat niemand das Vereinsgesetz herangezogen, da war es nicht verletzt. Wenn aber irgend ein Mitglied dieses Hauses den § 8 des Vereinsgesetzes bewußt übertreten hat, so ist es Herr von Bennigsen in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Zentralausschusses der nationalliberalen Partei. Die nationalliberale Partei hatte eine Organisation, die den Vorschriften des Vereinsgesetzes widersprach. Sie war sich dessen bewußt, das geht aus einem Zirkular hervor, das der Zentralausschuß versandt hat, nachdem das Verfahren gegen uns eingeleitet war. Ein Passus lautet: Wir müssen eine Aenderung vornehmen, damit wir nicht mehr mit § 8 in Kollision kommen. (Große Heiterkeit.) Erst jetzt ist diese Aenderung erfolgt und Herr v. Bennigsen ist strafbar, doppelt strafbar, denn er ist ein studierter Mann. Auch Herr von Manteuffel ist strafbar als Vorsitzender des Zentralausschusses der konservativen Partei, er ist Jurist, kennt die Gesetze oder sollte sie doch wenigstens kennen. (Große Heiterkeit.) Wir sind Laien. Ich habe ein reichliches Material zusammengestellt und werde die Akten dem Staatsanwalt einreichen. (Hört, hört.) Wenn ich dem Gerichtshofe gesagt habe, als Politiker wünsche ich meine Verurteilung, als Angeklagter, weil ich mich unschuldig fühle, meine Freisprechung, so sollte das heißen, erst wenn auch die gegnerischen Parteien bestraft werden, ist Aussicht vorhanden, daß eine Aenderung der Gesetzgebung erfolgt. Schreitet der Staatsanwalt aber ein, dann werden die Herren Konservativen bei einer zweiten Auflage unserer Verhandlungen nicht mehr den Kommissionssitzungen fernbleiben. (Heiterkeit.) In der Form der andern Parteiorganisationen liegt die Gesetzesverletzung ganz klar zu Tage, da braucht kein Staatsanwalt tifteln, da ist auch kein Heer von Spitzeln nötig, um das zu erweisen. Sie wissen, in unserm Prozeß sind 9 Polizeibeamte als Zeugen aufgetreten, die uns auf Schritt und Tritt verfolgt haben, uns auf Pferdebahnen und in Droschken nachgefahren sind. Ein ganzes Heer von Beamten erhält Gehalt vom Staat für unsere persönliche Ueberwachung. Sie erhalten Geld, damit sie sich Vertrauenspersonen, männliche und weibliche, halten können, die uns ausspionieren und bespitzeln. Sie machen dann Angaben wieder besseres Wissen, weil sie ja für jede Angabe bezahlt werden und, wenn sie nichts zu berichten hätten, ihre Ueberflüssigkeit zu Tage treten würde. Was ist nun aber bei dieser Ueberwachung zu Tage gefördert worden? Wären wir wirklich so, wie Sie sich das denken, dann hätten doch endlich einmal unsere staatsgefährlichen Handlungen klargestellt werden müssen. Man hat uns mit Haussuchungen überrascht, ich lag, als die Polizei erschien, noch im Bett, konnte also wirklich nichts beseitigen. Es wurde ein grauenhaft großer Aktenberg zusammen getragen und das Resultat ist: Ich als rückfälliger Verbrecher erhalte 75 Mark Strafe, die anderen kamen noch billiger weg. (Heiterkeit.) Warum hat das Gericht so milde geurteilt, es hätte ja auch auf Gefängnis erkennen können. Weil die Richter selbst einsahen, daß wir nichts anderes gethan, als andere Parteien auch. Ja bei uns waren noch künstliche juristische Konstruktionen zur Verurteilung notwendig, so mühselige Arbeit ist bei den anderen Parteien gar nicht aufzuwenden, weil die Statuten schon die Gesetzesverletzung enthalten. Ich meine angesichts dieses unhaltbaren Zustandes, mußten doch endlich auch die Regierungen einsehen, daß eine Aenderung vorgenommen werden muß. Unbedingt notwendig aber ist es, daß der Reichstag die Aenderung des Vereinsgesetzes wieder und immer wieder verlangt.

Abg. Rickert (freis. Vg.) bringt die Bestrafung eines seiner Parteigenossen in Coeslik zur Sprache, der Mitglieder für den liberalen Wahlverein durch persönliches Aufsuchen der betreffenden Personen geworben hat und wegen Veranstaltung einer Hauskollekte bestraft worden ist. Er bittet den preußischen Minister des Innnern, die Angelegenheit zu prüfen.

Minister des Innern v. d. Recke erklärt, der Fall sei ihm nicht bekannt, er werde sich aber informieren. Wahrscheinlich werde die Sache so liegen, daß auch die Zahlung von Beitrittsgeldern gefordert worden sei. (Allseitiger Ruf: Das ist doch selbstverständlich! Große Heiterkeit.)

Abg. v. Bennigsen (natl.) erklärt, er werde für den § 4 stimmen, um, so lange kein allgemeines Vereinsgesetz zu stande gekommen sei, wenigstens die Notwendigkeit dieser Bestimmung zum Ausdruck zu bringen.

§ 4 wird darauf angenommen. Ebenso ohne weitere Debatte der Rest des Gesetzentwurfs.

Nächste Sitzung Freitag 2 Uhr (3. Lesung des Börsengesetzes).

Schluß 5½ Uhr.

## Deutsches Reich.

**Berlin**, 3. Juni. Um das Verbot des Detailreisens, das bei der zweiten Beratung der Gewerbenovelle vom Reichstag beschlossen worden ist, wird sich in der dritten Lesung, die demnächst an die Reihe kommt, noch ein harter Kampf entspinnen, da aus den verschiedensten Interessenkreisen sehr ernste Vorstellungen in Petitionen gegen dieses Verbot, als weite Kreise schädigend, erhoben worden sind. Die Versuche, diesen Einwendungen gerecht zu werden, ohne das Prinzip des ersten Beschlusses preiszugeben, sind recht unglückliche. Vom Zentrum und den Konservativen haben 85 Abgeordnete einen Antrag eingebracht, der noch eine Verschlechterung herbeiführen würde nicht nur gegen die Beschlüsse zweiter Lesung, sondern auch gegen die Regierungsvorlage selbst. Die Gefährlichkeit der Annahme dieses Antrages im Reichstage ist deshalb durchaus nicht zu unterschätzen, zumal sich der Antrag unter der falschen Maske einer Verbesserung präsentiert.

Nach den Beschlüssen zweiter Lesung sollte § 44 in bezug auf das Aufsuchen von Bestellungen folgende Fassung erhalten:

„Im Gleichen darf das Aufsuchen von Bestellungen auf Waren mit Ausnahme von Druckschriften, anderen Schriften und Bildwerken, Gegenständen der Leinen- und Wäschefabrikation und, soweit nicht der Bundesrat für andere Waren oder Gruppen von Gewerbetreibenden Ausnahmen zuläßt, nur bei solchen Personen geschehen, in deren Gewerbebetrieb Waren der angebotenen Art Verwendung finden."

Der erwähnte Antrag will dagegen der betreffenden Stelle im § 44 folgende Fassung geben:

„Im Gleichen darf ohne vorgängige ausdrückliche Aufforderung das Aufsuchen von Bestellungen auf Waren mit Ausnahme von Druckschriften, anderen Schriften und Bildwerken nur bei Kaufleuten in deren Geschäftsräumen oder bei solchen Personen geschehen, in deren Geschäftsbetrieb Waren der angebotenen Art Verwendung finden."

Der Unterschied zwischen den beiden Fassungen springt klar in die Augen. Der Antrag will von dem Verbot nur Druckschriften, andere Schriften und Bildwerke ausnehmen, nicht aber auch die Gegenstände der Leinen- und Wäschefabrikation, wie dies in der zweiten Lesung beschlossen worden ist. Der Beschluß der zweiten Lesung ging ferner in Uebereinstimmung mit dem Regierungsentwurf dahin, dem Bundesrat zu gestatten, auch für andere Waren oder Gegenden oder Gruppen von Gewerbetreibenden Ausnahmen zu machen. Der Antrag beseitigt diese Vollmacht des Bundesrates ganz. Es würde damit also jede Aussicht zerstört werden, daß diejenigen Geschäftszweige, für welche nicht durch Reichstagsbeschluß im Gesetz selbst Ausnahmen bestimmt werden, demnächst seitens des Bundesrates Berücksichtigung finden.

Wollte man boshaft sein, so könnte man, um diese reaktionären Pfuschereien an dem kapitalistischen Wirtschaftssystem gründlich ad absurdum zu führen, wünschen, daß die rückständigen „Retter des Mittelstandes" weitesten Erfolg hätten. Die Herren selbst sind nicht anders zu kurieren.

— Das Gesetz über den unlauteren Wettbewerb ist, wie berichtet, am Sonnabend publiziert worden und wird am 1. Juli d. J. in Kraft treten. Den Vertretern des Kapitalismus, der Profitmacherei ohne Feigenblatt, ist es offenbar bei den einschneidenden Bestimmungen des Gesetzes nicht ganz geheuer. Nach dem Gesetze soll in bestimmten Fällen von Ausschreitungen im Reklamewesen, bei Aufstellung oder Verbreitung unwahrer, dem Geschäftsbetriebe oder dem Kredit von Erwerbsgenossen nachteiliger Behauptungen und bei der auf Täuschung berechneten Benutzung von Namen und Geschäftsbezeichnungen die Zivilklage auf Unterlassung der betreffenden Ausschreitungen, sowie die Schadenersatzklage — letztere auch noch beim Verrate von Geschäfts- oder Betriebsgeheimnissen — zulässig sein; gegen wissentlich auf Täuschung gerichtete unwahre Angaben thatsächlicher Art, gegen Quantitätsverschleierungen, gegen wissentlich unwahre betriebs- oder kreditschädigende Behauptungen und gegen den Verrat von Geschäfts- oder Betriebsgeheimnissen sind Strafen angedroht, neben welchen auf Verlangen des Verletzten auf eine an ihn zu erlegende Buße erkannt werden kann. — Durch die Strafen und Schadenersatzpflichten soll das Gesetz einer Moralisierung des kapitalistischen Geschäftsverkehrs dienen und die „Auswüchse" beseitigen. Ein Versuch, der nur die kleinen Schächer im Getriebe der kapitalistischen Profitmacherei treffen wird, die sich dabei der sog „unlauteren" Mittel bedienen, welche die wilde Konkurrenzjagd gezeitigt hat. An der innerlich unmoralischen Natur des ganzen kapitalistischen Ausbeutungssystems wird durch das Gesetz nichts geändert werden. Was aber zu befürchten ist, das ist eine Unsumme von aus Konkurrenzneid geborenen Denunziationen und Prozessen, die wohl oft nicht weniger unmoralisch sein werden, als die bekämpften unlauteren Konkurrenzmittel.

**Erfurt.** Auf Antrag des Amtsgerichts wurden am Sonnabend Vormittag die Nummern 62 (13. März) und 118 (22. Mai) der „Thür. Tribüne", sowie die Nummer 63 (14. März) des „Nordhäuser Volksblattes" beschlagnahmt. Die konfiszierten Nummern sollen angeblich Beleidigungen enthalten.

**Halle.** Im Wahlkreis Saalkreis-Halle sind unsere Genossen wieder allen anderen Parteien voran in die Wahlbewegung eingetreten. Am Sonntag wurde mit einer großen Volksversammlung die Wahlkampagne begonnen. Unser Kandidat Kunert geißelte scharf unter begeisterter Zustimmung der Zuhörer die feige politische Haltung und die Herabgekommenheit des Durchschnitts-Liberalismus. Eine Resolution, die sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden erklärte, wurde einstimmig angenommen. Hoffentlich gelingt es am 30. Juni, den Wahlkreis zu erobern.

**Kottbus.** Zum Landfriedensbruchsprozeß haben wir noch nachzutragen, daß dem Antrag der Verteidigung auf vorläufige Entlassung der Verurteilten wegen Fluchtverdachts vom Gerichtshof abgelehnt wurde. Dieselben haben schon die ganze Zeit hindurch in Untersuchungshaft gesessen.

**Neu-Ruppin.** Die Stichwahl scheint günstig für den Freisinnigen ausgefallen zu sein. Für ihn sind bis jetzt gezählt 7235, für den Konservativen 4216 Stimmen. Außer den Sozialdemokraten hat auch ein Teil der Antisemiten für ihn gestimmt, was unsere Ansicht, daß die antisemitischen Stimmen auch aus der Freisinnigen Partei herstammen, bestätigt.

## Aus dem Auslande.

**Holland.** Die Wahlreform ist jetzt gesichert, nachdem die zweite Kammer mit 62 gegen 36 Stimmen unter Ablehnung aller Amendements den ersten Artikel der bezüglichen Vorlage angenommen hat. Danach ist wahlberechtigt jeder Niederländer im Alter von mindestens 25 Jahren, der zur direkten Steuer veranlagt ist und Grundsteuer im Betrag von mindestens einem Gulden bezahlt hat, oder — wo dies nicht der Fall — Familienvater oder Inhaber einer selbständigen Wohnung seit mindestens einem halben Jahre ist, für die eine nach den Gemeinden abgestufte Miete von im Minimum 80 Cents bis 2½ Gulden wöchentlich bezahlt wird, oder ein Fahrzeug von mindestens 24 Tonnen besitzt. Ferner ist wahlberechtigt, wer seit 13 Monaten an einer Stelle beschäftigt war gegen einen Jahreslohn von mindestens (wieder nach den Gemeinden abgestuft) 275 bis 550 Gulden, oder wer eine Pension in gleicher Höhe bezog. Wahlberechtigt ist auch, wer nach dem Staatsschuldbuch 100 Gulden oder in der Postsparkasse 50 Gulden zu gut hat, oder wer das Examen für ein Staatsamt, mindestens das eines Volksschullehrers, bestanden hat.

Wie man sieht, hat man ein sehr kompliziertes System gewählt und niemand, nicht einmal das Ministerium, vermag die Zahl der zukünftigen Wähler auch nur mit einiger Sicherheit zu schätzen. Wahrscheinlich wird sich eine Verdoppelung der bisherigen Wählerzahl von 300 000 ergeben. Um die merkwürdige Wahlreform vorzubereiten, hat das Ministerium grade neun Jahre gebraucht. Im Jahre 1887 ist nämlich die Verfassung revidiert und prinzipiell eine Ausdehnung des Wahlrechts beschlossen worden. Seitdem hat man mit provisorischen Bestimmungen gewirtschaftet.

**Frankreich.** Ueber die nächsten Ziele der französischen Sozialisten äußerte sich Millerand gelegentlich eines Banketts, das vom sozialistischen Komitee in Paris am Sonnabend den Abgeordneten der dreißig sozialistischen Stadtverwaltungen in

der Provinz gegeben wurde. [illegible] das Programm der Sozialisten Staates zum Zwecke des Ueber zu dem nationalen dar. Die für die Produktion und den H die soziale Aneignung, die Erob durch das allgemeine Stimmre sammenschluß der Arbeiter.

**Türkei.** Konstantinop türkischen Meldungen hätten sich verstärkung die Vamos (Kret und die bei Tsivara stehende Nachrichten zufolge wäre ein Lage hat sich jetzt gebessert. durch Militär ist wahrscheinlich Kreta angekommen, 4 Bataille dothin ab.

**Rußland.** Aus Anlaß d feld sind plötzlich in Rußland Zensur gestellt worden, ohne etwas gesagt worden wäre. in Petersburg. Nur einige Bl Damit sind sämtliche wahrhe über die Katastrophe unmög existiert ein einziger Zensor, d oft viele Tausend Worte lange

Wie die Zensur gehandh brieflichen Mitteilung der „K war Sonnabend Nachmittag Opfer mehrere Tausend (27 gaben die höchsten Behörden Tote, plötzlich nach 7 Uhr „a auftauchende Behauptung, dem möglichst lange verheimlicht w hielt in den Frühstunden M tiefste erschüttert, die Festliche Erscheinen am Abend auf d lassen. Hohe Würdenträger verlautet, erklärte schließlich Besuch des französischen Ba notwendig, und so vollzog der Besuch des Volksfestes Majestäten.

Ueber die Ursache der K dent der „Köln. Zeitung" Wagenführer hätten mit de Eßwaren enthielten, nicht etw dern vielmehr einen bestimmt führer wollten nämlich das rauben der Wagen reizen, um bei der Gesamtlieferung der nach Brot und Wasser verlan nahen des Wagenzuges zuge der Kaiser für heute zugedach Worauf die Katastrophe erfol

Nach einem Telegramm der Opfer auf 3600 belaufen in den Hospitälern liegen.

**Afrika.** Die Meuterer die vier Haupt-Radelsführer Präsident Krüger hat ferner zu den ursprünglich zum To gegen Ehrenwort freigelassen zu können. Diese hochher Burenführers hat allenthalbe macht. Sie sticht übrigens alten sogenannten Kulturstaa gegen Staatsverbrecher. markanter Fälle, bei denen

## Aus der Stadt

— **Brotpreise.** Nach Kilogramm Schwarzbrot im Graubrot 23 Pfg. und Wei

— **Krankenstatistik.** hiesigen städtischen Kranken wurden als geheilt und 3 starben und zwar 2 an hautentzündung. Bestand a kaner-Hospitel betrug der Zu entlassen und 2 starben u 1 an Altersschwäche. Besta

**Herford.** Streik bei berichtet jetzt über die Ve vielmehr, sie berichtet nicht

Der Vertreter der let eingeladen", in der unc ohne jeden Grund verdä zum Reden zwingen, wo weil der Ton des Angre zu wüst war und weil e gemacht hat, daß jeder G geschrieen wird.

Es ist richtig, zart ist nossen Schreck nicht behande diese Behandlungsweise voll hauptung, daß jeder Gegner wird, verweisen wir dara zember v. J. Herrn Herman mit Erbringung des Wahrh

**Bünde,** 4. Juni. Di dieser Stelle darauf aufmer den 6. Juni, abends 9 Uh Wahl des Delegierten zum vorgenommen werden soll. besprochen werden sollen, w

**Neunkirchen,** 31. Nacht vom Samstag auf vielfach Kartoffeln und Bu leichterem Boden sind die g

der Provinz gegeben wurde. Der Vorsitzende Millerand legte das Programm der Sozialisten hinsichtlich des Eingreifens des Staates zum Zwecke des Ueberganges aus dem kapitalistischen zu dem nationalen dar. Die verschiedenen Arten der Mittel für die Produktion und den Handel würden allmählich reif für die soziale Aneignung, die Eroberung der öffentlichen Gewalten durch das allgemeine Stimmrecht und den internationalen Zusammenschluß der Arbeiter.

**Türkei.** Konstantinopel, 2. Juni. Nach offiziellen türkischen Meldungen hätten sich beim Anrücken der Truppenverstärkung die Vamos (Kreta) umschließenden Insurgenten und die bei Tsivara stehenden Schaaren zerstreut. Andern Nachrichten zufolge wäre ein Kampf vorhergegangen. Die Lage hat sich jetzt gebessert. Die Unterdrückung der Unruhen durch Militär ist wahrscheinlich. Bisher sind 6 Bataillone in Kreta angekommen, 4 Bataillone gehen morgen von Smyrna dothin ab.

**Rußland.** Aus Anlaß des Unglücks auf dem Chodinsky feld sind plötzlich in Rußland die Depeschen ins Ausland unter Zensur gestellt worden, ohne daß den Korrespondenten davon etwas gesagt worden wäre, und zwar erfolgt die Zensierung in Petersburg. Nur einige Bureaudepeschen gehen ohne Zensur. Damit sind sämtliche wahrheitsgetreue telegraphische Berichte über die Katastrophe unmöglich gemacht. In Petersburg existiert ein einziger Zensor, durch dessen Hand sämtliche, jetzt oft viele Tausend Worte lange Depeschen gehen.

Wie die Zensur gehandhabt wird, ergiebt sich aus einer brieflichen Mitteilung der „Köln. Ztg.“: Hoch wie niedrig war Sonnabend Nachmittag schon bekannt, daß die Zahl der Opfer mehrere Tausend (2700) betrug. Nichtsdestoweniger gaben die höchsten Behörden bis 7 Uhr abends nur 365 Tote, plötzlich nach 7 Uhr „offiziell“ 1100 an. Die vielfach auftauchende Behauptung, dem Kaiser sei der Schreckensvorgang möglichst lange verheimlicht worden, ist falsch. Der Kaiser erhielt in den Frühstunden Meldung darüber und wollte, aufs tiefste erschüttert, die Festlichkeiten einstellen und vor allem sein Erscheinen am Abend auf dem französischen Ballfest absagen lassen. Hohe Würdenträger legten sich aber ins Mittel. Wie verlautet, erklärte schließlich der Minister des Auswärtigen den Besuch des französischen Balles aus politischen Gründen für notwendig, und so vollzog sich denn auch mittags um 2 Uhr der Besuch des Volksfestes auf dem Chodinskyfelde durch die Majestäten.

Ueber die Ursache der Katastrophe meldet der Korrespondent der „Köln. Zeitung“ noch, daß behauptet werde, die Wagenführer hätten mit dem Werfen der Packete, welche Eßwaren enthielten, nicht etwa einen Scherz beabsichtigt, sondern vielmehr einen bestimmten Zweck verfolgt. Die Wagenführer wollten nämlich das Volk zum Sturm und zum Ausrauben der Wagen reizen, um den angeblichen großen Fehlbetrag bei der Gesamtlieferung der Festbeköstigung zu verbergen. Den nach Brot und Wasser verlangenden Leuten wurde beim Herannahen des Wagenzuges zugerufen: „Da kommt das, was uns der Kaiser für heute zugedacht hat! Holen wir es uns gleich!“ Worauf die Katastrophe erfolgte. — Das klingt echt russisch.

Nach einem Telegramm des „Standard“ soll sich die Zahl der Opfer auf 3600 belaufen, während 1200 Schwerverwundete in den Hospitälern liegen.

**Afrika.** Die Meuterer von Johannisburg sind bis auf die vier Haupt-Radelsführer aus der Haft entlassen worden. Präsident Krüger hat ferner den Amerikaner Hammond, der zu den ursprünglich zum Tode verurteilten ersten Vier gehörte, gegen Ehrenwort freigelassen, um seine kranke Frau besuchen zu können. Diese hochherzige Handlungsweise des alten Burenführers hat allenthalben den denkbar besten Eindruck gemacht. Sie sticht übrigens wunderbar ab gegen die in den alten sogenannten Kulturstaaten Europas geübte Justizpflege gegen Staatsverbrecher. Man erinnere sich nur einzelner markanter Fälle, bei denen Sozialdemokraten ins Spiel kamen.

## Aus der Stadt und Nachbarschaft.

Bielefeld, 4. Juni.

— **Brotpreise.** Nach amtlichen Ermittelungen kostet: das Kilogramm Schwarzbrot im Monat Mai d. Js. 17,5 Pfg., Graubrot 23 Pfg. und Weizenbrot in Laiben 33,1 Pfg.

— **Krankenstatistik.** Im Monat Mai d. Js. fanden im hiesigen städtischen Krankenhause 72 Kranke Aufnahme. 75 wurden als geheilt und 2 aus andern Gründen entlassen, 3 starben und zwar 2 an Lungenentzündung und 1 an Hirnhautentzündung. Bestand am 1. d. Mts. 55. Im Franziskaner-Hospitel betrug der Zugang 37. 38 wurden als geheilt entlassen und 2 starben und zwar 1 an Lungenentzündung 1 an Altersschwäche. Bestand am 1. d. Mts. 62 Kranke.

**Herford.** Streik bei Kopka. Auch „Stadt und Land“ berichtet jetzt über die Versammlung im Schützenhofe, oder vielmehr, sie berichtet nicht darüber. Von sich selbst schreibt sie:

> Der Vertreter der letzteren wurde, obwohl „freundlichst eingeladen“, in der unanständigsten Weise angegriffen und ohne jeden Grund verdächtigt. Man wollte ihn durchaus zum Reden zwingen, worauf derselbe aber nicht einging, weil der Ton des Angreifers (der „Unparteiische“ Schreck) zu wüst war und weil er früher schon oft die Erfahrung gemacht hat, daß jeder Gegner der Sozialdemokratie niedergeschrieen wird.

Es ist richtig, zart ist Herr Hermann von unserem Genossen Schreck nicht behandelt worden, aber verdient hatte er diese Behandlungsweise vollauf. In betreff seiner letzten Behauptung, daß jeder Gegner der Sozialdemokratie niedergeschrien wird, verweisen wir darauf, daß wir schon am 21. Dezember v. J. Herrn Hermann einen Verläumder genannt haben mit Erbringung des Wahrheitsbeweises.

**Bünde,** 4. Juni. Die Genossen von Bünde werden an dieser Stelle darauf aufmerksam gemacht, daß am Sonnabend, den 6. Juni, abends 9 Uhr, im Lokale des Herrn Rübel die Wahl des Delegierten zum internationalen Kongreß in London vorgenommen werden soll. Da noch sonstige Angelegenheiten besprochen werden sollen, wird zahlreicher Besuch erwartet.

**Neuenkirchen,** 31. Mai. Infolge der überaus kalten Nacht vom Samstag auf Sonntag, den 31. Mai, sind hier vielfach Kartoffeln und Buchweizen erfroren. Besonders auf leichterem Boden sind die genannten Früchte hart mitgenommen. Der Saatenstand ist überhaupt zur Zeit in hiesiger Gegend nicht so günstig als im Vorjahre. Die Viehweiden sind kahl, so daß das Vieh seine genügende Nahrung kaum mehr findet. (M. A.)

+ **Schloß Holte,** 4. Juni. Die Leser der „Volkswacht“ werden nicht wenig erstaunen, wenn wir ihnen heute die Mitteilung machen, daß in der schwärzesten Ecke Westfalens ein Streik ausgebrochen ist. Die Feilenhauer der Feilenfabrik von Artois befinden sich seit Montag im Ausstande. Sie fordern 10 pCt. Lohnerhöhung und anständigere Behandlungsweise seitens des Fabrikanten. Die Ursache zum Ausstand gab zunächst ein Wortwechsel zwischen dem Unternehmer und einem Feilenhauer. Den Feilenhauern war angekündigt, daß sie „aussetzen“, d. h. feiern sollten, angeblich weil keine Arbeit vorhanden sei. Am Montag ließ der Fabrikant den Feilenhauern sagen, daß sie alle nicht wieder anzufangen brauchten, was diese als eine Maßregelung auffaßten, sodaß sie den Streik erklärten. Der Verdienst ist, wenn man die Lohnbücher zur Grundlage nimmt und die lokalen Verhältnisse der Sense in Betracht zieht, im Vergleich zu dem Verdienste in den Städten ein leidlicher, aber — und hier liegt der Hase im Pfeffer — aus den Lohnbüchern geht nicht hervor, in welcher Arbeitszeit die Löhne verdient wurden. Durchschnittlich kann man, die Nachtschichten mit eingerechnet, eine tägliche Arbeitszeit von 13—15 Stunden herausrechnen, und da stellt sich der Verdienst so minimal, daß man sich wundern muß, daß die Leute sich so lange damit zufrieden gegeben haben. Auch mußten dieselben noch sonstige Handleistungen thun, wofür sie von Herrn Artois ab und zu nur einen Schnapps erhielten. Jedenfalls ein sehr patriarchalisches Verhältnis. Die Streikenden wandten sich an Genossen Schumann-Bielefeld, welcher gestern mit dem Fabrikanten Rücksprache nahm. Nach längerer Unterhandlung ließ sich Herr Artois nur auf eine Wiedereinstellung der alten Arbeiter ein. Die Arbeiter schlugen selbstverständlich das Angebot aus und beharren auf einer Lohnerhöhung. Sämtliche Streikende sind organisiert und unterstützungsberechtigt. Zuzug ist nicht zu befürchten, da fremde Arbeiter unter diesen Verhältnissen einfach keine Wohnung erhalten.

**Dortmund.** Eine sehr empfindliche Strafe erhielt von der Strafkammer hierselbst ein Denunziant. Ein Bergmann aus Marten hatte einen Bäckermeister aus demselben Orte bei der Staatsanwaltschaft des Diebstahls und der Grenzverletzung (Versetzen von Grenzpfählen) bezichtigt. Im Termine waren die Aussagen des Bergmannes so unglaubwürdig, daß der Staatsanwalt die Freisprechung beantragte. Zugleich erhob derselbe Anklage gegen den Denunzianten wegen Angabe wissentlich unwahrer Anschuldigungen. Der Denunziant erhielt die empfindliche Strafe von einem Jahre Gefängnis.

**Siegen,** 31 Mai. Ein geriebener Gauner hat gestern unsere Stadt heimgesucht. In die Wohnung eines hiesigen Oberpostsekretärs kommt gestern ein anscheinend dem Handwerkerstande angehörender Mann, welcher angiebt, im Auftrage des Hausherrn die Wasserleitung nachsehen zu müssen. In Abwesenheit des Postbeamten führt dessen allein anwesende junge Verwandte den Mann durch sämtliche Zimmer. In dem Zimmer der jungen Dame angekommen, bittet der Spitzbube um ein Messer mit starker Klinge, worauf die erstere sich bereitwilligst in die Küche begiebt. Inzwischen hat der Gauner einige wertvolle Schmuckgegenstände eingesteckt und entfernte sich darauf mit der Erklärung, sein Handwerkszeug holen zu wollen. Auf eine ähnliche Weise führte sich der Mensch dann noch in eine zweite Wohnung ein, wo die Ausbeute für ihn eine noch größere war. Eine Uhr, verschiedene Schmuckfachen und einiges Bargeld mußten dort mitgehen. In diesem Falle hieß der Gauner das ihn begleitende Dienstmädchen in den Keller gehen, um den dort befindlichen Haupthahn der Wasserleitung zuzudrehen. Trotzdem unsere Polizei nach kurzer Zeit Kenntnis von den Diebstählen erhielt, ist es bis jetzt noch nicht gelungen, des Thäters habhaft zu werden. Es dürfte nicht ausgeschlossen sein, daß der gefährliche Patron auch anderen Orten Besuche machen wird.

## Gewerkschaftsbewegung.

**Nach vierwöchentlichem Ausstande** ist am Freitag der Streik der Berliner Parquetbodenleger mit einem vollständigen Siege der Arbeiter beendet worden. Schon vor 14 Tagen wurden den Bodenlegern seitens der Geschäftsinhaber Zugeständnisse gemacht, jedoch von den Arbeitern, welche unbedingte Anerkennung ihres neuen Lohntarifs forderten, nicht akzeptiert. Die Beteiligung am Streik war die denkbar günstigste, da sich der Bewegung über 95 pCt. der Arbeiter angeschlossen haben. Der Organisation, dem deutschen Holzarbeiterverbande, gehörten bei Beginn des Streiks ca. 80 pCt. an, und wurden sämtliche am Ausstaad beteiligten Parquetbodenleger finanziell unterstützt. Der Erfolg wäre ohne Zweifel nicht ein derart günstiger gewesen, wären die Ausständigen nicht in so ausreichender Weise unterstützt worden. Es ist dies der beste Beweis, daß zur günstigen Durchführung eines Streiks vor allen Dingen ein ausreichender Unterstützungsfonds und kraftvolle Organisation Hauptbedingungen sind.

Zuzug von Wollhutarbeitern und Arbeiterinnen nach Berlin ist streng fernzuhalten.

**Der Schuhmacherstreik** der Schoßarbeiter in Berlin ist nach fünfwöchiger Dauer am Montag in einer gut besuchten öffentlichen Versammlung für beendet erklärt worden, nachdem noch im Laufe des letzten Sonnabend verschiedene Geschäfte die Arbeiterforderungen bewilligt hatten und seitens des Innungsobermeisters Bierbach die Erklärung abgegeben worden war, daß man auch die „schwarze Liste“ zurückziehen werde. Wie aus dem Referate des Gehilfen Hammacher hervorging, hat man an der strittigen Durchführung der neuen Tarife nicht überall festhalten können, da man mit „Streikbrechern und auch mit einer gewissen Lauheit bei der Zahlung der Unterstützungsgelder zu rechnen hatte. Immerhin sei der erzielte Erfolg ein guter, da die einzelnen Tarife teils vollständig anerkannt, teils zu dem alten Tarife Zuschläge in Höhe von 50 Pf. bis 1 Mk. bewilligt worden seien, so daß überall eine Lohnaufbesserung von 15 bis 25 pCt. konstatiert werden könne. Auch bezüglich der Behandlung der Arbeiter werde der Ausstand günstige Wirkungen hinterlassen. Vollständig ablehnend haben sich neben vier kleineren Geschäften nur drei größere Firmen verhalten, über welche die Sperre verhängt werden soll. Zu unterstützen sind noch 40 Mann.

## Vermischtes.

**Braunschweig.** Ein Brand hat in der braunschweigischen Jute- und Flachsspinnerei die Fabrikgebäude teilweise zerstört. Der Schaden wird auf über 300 000 Mk.

**In Reichenbach** im Voigtlande brannte am Sonnabend die mechanische Weberei der Firma Th. Liskowsky u. Co. vollständig nieder. Sämtliche Maschinen, darunter etwa 100 Webstühle, sind zerstört.

**Im Zirkus Lockhardt in Antwerpen** brach während der Sonntagsvorstellung ein Teil der obersten Gallerie zusammen. Etwa 20 Personen erlitten am Gesicht und an den Händen leichte Hautabschürfungen.

**Ein in den Annalen der Universität** bisher nicht vorgekommenes Ereignis hat sich in Dorpat zugetragen. In der Prüfung der juristischen Fakultät versetzte ein Student polnischer Herkunft, der wegen Beteiligung an einer politischen Demonstration vor einiger Zeit von Warschau nach Dorpat verwiesen war, dem Professor des Strafrechts Pustorossljew eine Ohrfeige, angeblich, weil dieser als Dekan der juristischen Fakultät sich weigerte, dem Studenten vor Beendigung des begonnenen und schlecht bestandenen Examens einen erbetenen Urlaub zu gewähren. Prof. P. fühlte sich durch das rohe Betragen des Studierenden in seiner Ehre als Professor und Beamter der Universität so tief verletzt, daß er, kaum nach Hause zurückgekehrt, durch einen Revolverschuß in die Brust sich das Leben zu nehmen versuchte. Trotz der schweren Verwundung ist noch Hoffnung vorhanden, das Leben P.'s zu retten. Der Studierende soll heimlich die Stadt verlassen haben.

**Unwetter in Mähren.** Aus Brünn wird gemeldet: Freitag Abend ging zwischen Gaya und Bisenz ein heftiger Wolkenbruch nieder. Die ganze Gegend ist überschwemmt. Der Schaden wird auf etwa eine Million geschätzt. Infolge Dammbruchs ist der Eisenbahnverkehr Gaya-Wessely und Bisenz-Pisenk eingestellt worden.

**Ein netter Hochzeitsgast** ist Frau Minnie Howard in London. Diese Dame, die 2000 Lstr. Rente besitzt und der besseren Gesellschaft angehört, war der Polizei schon seit langem verdächtig. Sie besaß nämlich die Gewohnheit, bei allen Hochzeiten, von denen sie durch die Zeitung Kenntnis erhalten hatte, zu erscheinen. Außerordentlich luxuriös gekleidet, mit Juwelen geschmückt und stets in tadelloser Haltung, begnügte sich Frau Howard nicht damit, die Brautleute von fern und während der Trauung zu betrachten. Sie folgte ihnen vielmehr nach dem Ausgang aus der Kirche, trat mit ihnen in das Haus, wo das Hochzeitsmahl serviert werden sollte, nahm ohne große Umstände an der Tafel Platz und benutzte die Gelegenheit, von dort aus lange Finger nach den Schmucksachen zu machen. Wenn keine Schmucksachen da waren, eignete sie sich die erstbesten Toilettegegenstände an: Einen wertvollen, von einer geschickten Modistin gefertigten Hut, einen kostbaren Fächer, einen Schirm mit goldenem Griff oder Namenszug in Diamanten. Niemals aber verirrte sich diese Frau von Geschmack in eine bürgerliche Hochzeit, wo es nichts einzuheimsen gegeben hätte. Vergangenen Donnerstag hatte sie sich nach der „Frankf. Ztg.“ zu den Hochzeitsfeierlichkeiten eines jungen Mädchens geladen, dessen Eltern im Westend wohnen, und alsdann ohne jede Aufforderung dem Lunch, der der Trauung folgte, beigewohnt. Bei dieser Gelegenheit eignete sie sich drei Diamantnadeln an, die die verwittwete Gräfin Malmesbury beim Abnehmen ihres Hutes auf den Kamin niedergelegt hatte, und vertauschte ihre eigene Kopfbedeckung gegen einen ganz neuen, der Lady William Beresford gehörigen Kopfputz, der Hut war 15 Lstr., die Nadeln waren 25 Lstr. wert. Die Eltern der Braut ließen in aller Stille und ohne die Aufmerksamkeit ihrer Gäste zu erregen, einen Policeman holen, und die Hochzeit endigte mit dem Eintritt zweier Polizeibeamten, die die Identität aller bei dem Feste anwesenden Personen feststellten. Infolge dessen wurde Frau Minnie Howard verhaftet. Ihre Sache verschlimmerte sich noch durch zahlreiche Klagen, die inzwischen gegen sie eingelaufen waren, und durch die in ihrer Wohnung vorgenommene Haussuchung, die viele der bei Hochzeiten auf so mysteriöse Weise verschwundenen Sachen zu Tage förderte. Der Advokat der Beklagten hat seine Klientin natürlich als von starker chronischer Kleptomanie befallen hinzustellen gesucht. Der Richter hat die Fortsetzung des Verfahrens bis zur Erhebung diesbezüglicher Informationen aufgehoben. Er hat gleichzeitig Nachforschungen darüber angestellt, ob sich Frau Minnie Howard auf der von der Polizei oder von den Inhabern der großen Magazine aufgestellten Liste der Kleptomanen befinde. Die Beklagte figuriert aber weder auf der einen noch auf der anderen Liste.

**Durch eine Gasexplosion** in dem Schacht „Fontanes“ der Minen von Rochebelle wurden nach telegraphischer Meldung aus Nimes 25 Personen getötet.

**Choleraunruhen** sind in Kairo wieder vorgekommen. In der Hochschule der Elasher Moschee widersetzten sich die Studenten dem Eintritt von Sanitätsbeamten, welche Maßregeln bezüglich eines Cholerafalles in Anwendung bringen wollten. Die Aufrührer schlossen das Thor der Moschee und empfingen den Gouverneur Mahr Pascha und den stellvertretenden Gouverneur mit einem Hagel von Steinen. Beide wurden verwundet und gezwungen, sich zurückzuziehen. Auch die Polizei wurde mit Steinwürfen empfangen, die Polizeibeamten schossen darauf auf die Studenten, töteten einen und verwundeten drei, davon zwei lebensgefährlich. Hierauf ergriff die Menge die Flucht. 120 Personen, meist syrische Türken wurden verhaftet.

## Quittung.

Für die im Ausstande befindlichen Arbeiter gingen ein:

| | | |
|---|---|---|
| Bereits quittiert | 21 034,94 | M. |
| Liste 78 (2. Rate) M. W. R. | 5,50 | „ |
| Von den Lustigen bei Rüsing | 1,40 | „ |
| Ungenannt | 100,— | „ |
| Summa | 21 141,84 | M. |

**Ich bitte um weitere Beiträge, damit die ausgesperrten Arbeiter der Bielefelder Maschinenfabrik unterstützt werden können.**

Bruno Schumann, Vorsitzender des Gewerkschaftskartells

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

**Inserate werden nur gegen Barzahlung aufgenommen.**

## Sozialdemokratischer Verein
für Bielefeld und Umgegend.

**Sonnabend, den 6. Juni, abends 8½ Uhr:**

## Mitglieder-Versammlung
in der **Central-Halle** am Kesselbrink.

Tagesordnung: 1. Hebung der Beiträge. 2. Vortrag des Genossen **Hoffmann**: „Die Erfüllung der Wünsche unserer Agrarier. 3. Beratung über die Erhöhung der Minimalgrenze der Beiträge. 4. Entgegennahme von Anträgen.

Zahlreichen Besuch erwartet [1460

**Der Vorstand.**

NB. Die Verteilung der Broschüren wird in dieser Versammlung fortgesetzt und bitten wir die Mitglieder, selbige in Empfang zu nehmen.

## Johannesberg.
**Sonntag, den 7. Juni:**

## 22. Bundesfest
des Minden-Ravensberger Sängerbundes
gefeiert durch [1448

## Vokal- u. Instrumental-Konzert
und

## BALL.

Morgens 7½ Uhr: Empfang der fremden Vereine am Bahnhof.
„ 9—10 „ Frühschoppen-Konzert auf der Bergluft.
Nachmittags 3 „ Festzug durch die Stadt. Ansprache des Herrn Oberbürgermeisters Bunnemann am Rathause und Gesang daselbst.

Die **Musik** wird ausgeführt von der **gesamten Stadtkapelle** unter persönlicher Leitung des Herrn O. Schirbel.

**Karten im Vorverkauf** sind zu haben bei Herrn Neumann, Obernstraße, und den Vereinswirten.

**Das Fest-Komitee.**

## Ganz einfach.

[1458

Ich bin ein kreuzfideles Haus,
Seh' immer äußerst schneidig aus,
So daß ein Jeder, der mich sieht,
Den Hut meist schon von Weitem zieht.
Es bildet halt sich Jeder ein,
Ich müsse schier ein Nabob sein,
Und dabei hab' ich oft, o weh,
Kaum eine Mark im Portemonnaie.
Wie kommt es nun, daß ich so fein
Und schneidig kann gekleidet sein?
Ganz einfach, weil, dies ist bekannt,
Die **„Goldene 8"** ist mein Lieferant.

| | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| **Herren-Anzüge** | von | 7½, | 9, | 11 | Mk. | an, |
| **Herren-Anzüge Ia.** | „ | 14, | 16, | 20 | „ | „ |
| **Herren-Paletots** | „ | 6, | 8, | 10 | „ | „ |
| **Herren-Paletots Ia.** | „ | 12, | 14, | 20 | „ | „ |
| **Herren-Jacketts** | „ | 2, | 4, | 7, | 8 | „ „ |
| **Herren-Hosen** | „ | 1, | 3, | 5, | 6 | „ „ |
| **Burschen-Anzüge** | „ | 4, | 6, | 9, | 10 | „ „ |
| **Knaben-Anzüge** | „ | 1½, | 2, | 4, | 5 | „ „ |
| **Schlafröcke** | „ | 7, | 9, | 10, | 12, 15 | „ „ |

**Größte, billigste und reellste Einkaufsquelle Bielefelds.**

## Zur goldenen 8
8 Ulmenstraße 8.

**Einziges Geschäft am hiesigen Platze,**
welches zu solch billigen Preisen verkauft.

## Zur Massenverbreitung!

Soeben ist in dritter Auflage erschienen und in der **Buchhandlung „Volkswacht"** zu haben:

## Prozeß Liebknecht in Breslau.

Verhandlung wegen Majestätsbeleidigung vor dem Landgericht zu Breslau am Donnerstag, den 14. November 1895.

**Mit einem Vor- und Nachwort von W. Liebknecht.**

Preis **10** Pfg. (Porto 3 Pfg.)

Dieser Prozeß ist in der Fülle der gegenwärtigen Majestätsbeleidigungs-Anklagen typisch; die Bedeutung der Broschüre erhellt am besten daraus, daß in vierzehn Tagen bereits drei Auflagen nötig wurden.

## Der Septemberkurs
**vor dem Reichstag.**

96 Seiten Großoktav. Preis **15** Pfg.

Die Bebelsche Etatsrede hat der diesjährigen Etatsdebatte ihre politische Bedeutung gegeben und diese zu einer Diskussion über die Sozialdemokratie und den Septemberkurs gestaltet. Die Sedanhetze, die Majestätsbeleidigungs-Prozeß-Epidemie, die neueste Regierungspolitik wird hier vor dem Richterstuhl der Oeffentlichkeit abgehandelt und ist daher diese Sammlung der in stenographischem Wortlaut wiedergegebenen Reden der Abgeordneten Bebel, Barth, Haußmann, Stumm ꝛc., des Reichskanzlers, des Kriegs- und des Justizministers von weitergehendem Interesse.

Streng feste Preise!

# Jeder Herr
der ein wirklich elegantes Kleidungsstück für wenig Geld sich beschaffen will, der kann sich heute nur an das in Bielefeld neu errichtete

## „Welthaus"
## Koch & Co. Nachflg.
Markt 8, eine Treppe,
Erstes großstädtisches Etablissement für elegante Herren- und Knaben-Garderoben

wenden. Vornehme Einfachheit und gediegene Eleganz zeichnen die Fabrikate desselben vor allem bisher Gebotenen vorteilhaft aus.

Ein Besuch dieses Geschäfts — wenn auch nur zur Ansicht — ist thatsächlich Jedermann zu empfehlen.

1456

## Theater
**am Sonntag, den 7. Juni 1896 im Etablissement des Herrn C. Israel, Centralhalle.**

Zur Aufführung gelangt auf allgemeines Verlangen:

## Die Else vom Erlenhof.
Volksstück aus dem Schwarzwalde in fünf Aufzügen von Siegfried Conrad Staak.

Von 4-7 Uhr:

## Konzert
im schattigen Garten.

Anfang des Theaters 7½ Uhr.

**Alles Nähere durch die Zettel.**

Es ladet ein 1462

**Der Theaterklub „Vorwärts".**

## Vereins-Nachrichten.

**Sektion der Schleifer.** Freitag, den 5. d. M., abends 7 Uhr, Mitgliederversammlung in der Centralhalle.

**Vereinigung aller in der Schmiederei beschäftigt. Personen.** Sonntag, den 7. d. M., vormittags 10 Uhr, Mitgliederversammlung in der Centralhalle.

**Verband der Schneider und Schneiderinnen.** Montag, den 8. d. Mts, abends 8½ Uhr Versammlung in der Centralhalle.

**Verein deutscher Schuhmacher** Montag, den 8. d. M., abends 9 Uhr, Versammlung bei Menke Siekerstraße.

In der Buchhandlung der **„Volkswacht"**, Bielefeld, Schulstraße 20, ist jederzeit zu haben:

## Programm und Organisation
der
## sozialdemokratischen Partei Deutschlands
(nach den Beschlüssen des Erfurter Parteitages)

8 Seiten 8°. Geheftet.

Preis à Exempl. 5 Pfg., in Partien billiger.

Das neue Partei-Programm muß nicht nur jeder Genosse besitzen, er hat auch die Verpflichtung, soviel in seinen Kräften steht, sich die Verbreitung desselben angelegen sein zu lassen. Die klar und übersichtlich aufgestellten, mit den Fortschritten der Sozial-Wissenschaften in Einklang gebrachten Forderungen des Programms werden uns neue, ungezählte Streiter zuführen und dadurch beitragen, das Ansehen und die Machtmittel der Partei wesentlich zu stärken.

Sämtliche Boten und Filial-Expeditionen nehmen Bestellungen entgegen.

## Sozialdemokratisches Liederbuch.
Von **Max Kegel.**

Fünfte Auflage. — Preis 40 Pfg.

Vorrätig in der Buchhandlung „Volkswacht", Bielefeld, Schulstraße 20.

Für
# Verlobte
empfehle **Reste** in
# Kleiderstoffen
in Seide und Wolle zu
## hervorragend billigen Preisen.

Wie bei sämtlichen bei mir gekauften Waren übernehme auch bei
**Seidenstoffen in schwarz und farbig**
volle Garantie für solides Tragen, und ist, wie vielfach von anderer Seite behauptet, am Verbrennen eines Fadens **weder Qualität noch die Güte** der Seide erkennbar, sondern einzig und allein bürgt hierfür die Reellität des Geschäftshauses. 1459

Niedernstr. 6 **M. Strauss** Niedernstr. 6
1. Etage. 1. Etage.

Spezial-Reste-Geschäft
in Kleiderstoffen, Leinen- und Baumwollwaren.

## Sozialdemokratischer Verein
für Bielefeld und Umgegend.

**Freitag, den 5. Juni, abends 8½ Uhr:**

## Vorstands-Sitzung
im Lokale des Herrn **Israel.**

Um vollzähliges Erscheinen ersucht

1455] **Der Vorsitzende.**

## Sektion der Schleifer
**des deutschen Metallarbeiter-Verbandes.**

**Morgen, Freitag, 5. d. M., abends 7 Uhr:**

## Mitgldr.-Versammlung
im Lokale des Herrn Israel, Centralhalle.

Tagesordnung im Lokal. Zahlreiches Erscheinen ist notwendig.

1463] **Der Vorstand.**

## Allgem. Arbeiter-Verein
für **Sieker** und Umgegend.

Sonnabend, 6. Juni, abends 8 Uhr:

## Mitgldr.-Versammlung
im Lokale des Herrn **Hermelbracht.**

Tagesordnung: 1. Aufnahme neuer Mitglieder und Zahlung der Beiträge. — 2. Wahl eines Schriftführers. 3. Verschiedenes. 1461

Um zahlreiches Erscheinen ersucht

**Der Vorstand.**

## Schweine-Versicher.-Verein
Gadderbaum-Sandhagen.

**Sonnabend, den 6. Juni, abends 8½ Uhr:**

Außergewöhnliche
## Versammlung
im Vereinslokale bei **H. Keimeyer.**

Tagesordnung:
1. Einlösung der Mitgliedskarten.
2. Verschiedenes. 1457

Es ladet ergebenst ein

**Der Vorstand.**

## Kinder-Ausstattungen
als [776



**Hemdchen, Jäckchen, Wickelbänder, Wickeltücher, Kindertücher, Taufkleidchen, Woll.-, Kattun- u. Barchend-Kleidchen, Tragröcke, Steckkissen, Taufhäubchen und Hütchen, Lätzchen, Taillenbändchen, Korsettchen, Kinderschürzen. Wasserdichte Betteinlagen, Gesundheits-Korsetts, Wagendecken, Zahnhalsketten** ꝛc. **äußerst billig** im

**Baby-Bazar**
Herm. Sauerland,
15 Gehrenberg 15.

Vor kurzem erschien:

## Klomke's Städtebuch
für reisende
**Arbeiter, Handwerker u. Künstler**
(Deutschland, Oesterreich, Schweiz).

Bearbeitet von
**Dr. Franz Diederich.**

**Preis 1,60 Mk.**

Zu haben in der Buchhandlung „Volkswacht", Schulstr. 20.

In der Buchhandlung „Volkswacht", Bielefeld, Schulstr. 20, ist vorrätig:

## Des Seemanns Leben und Leiden.
Zur Wahrung für die aus dem Binnenland,
Zur Mahnung für die von der Waterkant
nach aktenmäßigen Belegen getreu der Wahrheit geschildert.

**Preis 40 Pfg.**


**Abonnementspreis**
für Bielefeld, sowie bei sämtlichen Agenturen frei ins Haus gebracht 1,20 Mk. vierteljährlich; durch die Post bezogen 1,80 Mk.
Einzelnummer 10 Pfennig.

Erscheint wöchentlich sechsmal als Abendzeitung.

Für die Redaktion verantwortlich: **Carl Hoffmann in Bielefeld.**


# Nr. 129.

## Stadt u

In den beiden größten deu
und Baiern, bildet bekanntlich
bürgertum die bäuerliche Be
tionären Bestrebungen. Ju
haben hier ihre Stützen gefun
dem Lande vorherrschend gebl
das Licht moderner Bildung,
Wissens ausgestrahlt wird.
gewisse bäuerliche Kreise wü
Mittelalter sah der Bauer im
drücker, was sich noch später i
Wut gesteigert hat; heute fie
seinen politischen Berater.
und gewisse demagogische Kün

So lange wir in Deutschl
wiegen der bäuerlichen Be
Reaktionäre behaglich im Rohr
Man war seiner Sache sicher u
an der Starrköpfigkeit der B
von den Brennpunkten der Zi
Interessensphäre lebten, abge
durchaus konservatives Elemen
langen Kämpfen ihrer Vo
gebracht, als ein Mißtrauen
läßigung der Volksbildung a
getragen.

Aber unsere neue Zeit n
sehr eifrig an der Arbeit, die
Lande zu zerstören. Die v
zählung vom 2. Dezember 18
einigen Aufschluß.

In Preußen kommen 129
und 18 000 000 auf die
Der Unterschied beträgt also r
Landes.

Aus diesem Resultat geht
Deutlichkeit hervor, daß sich
Preußen längst in der Minde
18 Millionen auf dem Lande
und ihren Tagelöhnern auch
Striche, die nur mit Industrie
es andere, und zwar sehr a
liche Bevölkerung fast ganz i
nahen Städte sucht, aber ihre
und dabei noch eine winzige

Wir wollen den genauere
nicht vorgreifen, aber es dür
als 10 Millionen rein bäuerl
Und diese befindet sich in ra

## Eine B
Roman von
Autorisierte Uebersetz

55

Am 28. Juli. — Wir
Gymnasium von Amboise bei
ebenfalls und bot, wie wir,
steher vereinigte in seinem üb
beiden edlen Spender, deren
. . . . ꝛc." Die übliche Re
gehalten wurde, schilderte d
ziehung: „Ja, meine junge
wahre Größe eines Mannes in
Bildung besteht, und später,
Eurer Jugend vertauscht ha
Wogen des Lebens, dann
Ehren niemals fehlen werden,
wiederholen könnt, der sich
einem Schiffbruch alles verl
meinige trage ich bei mir,"
Die beiden edlen Spende
ohne mit einer Wimper zu zuc
oder vielmehr die Dreistigkei
sah, hätte ich am liebsten ru
Herr Professor, sagen S
Meine jungen Freunde, man
in der Schule, da werdet Ih
nach Eurem Vermögen beh
bestraft, je nachdem Eure Arb
keiten sind. Nun wohl! Im
Gegenteil der Fall. Seid
Talent, wenn Ihr könnt, ma
Aber wollt Ihr Erfolg ha
Schwiegersöhne eines einfluß
Gestalt müßt Ihr Geld, viel
ein Recht auf die Achtung,
Wenn Ihr zweifelt, so fragt
um die Ehre streiten, die S